

DKP / Linke Liste wählen - damit man draußen sieht was drinnen vorgeht!



Liebe Leserinnen, liebe Leser, blättern Sie mal in alten „blickpunkt“-Ausgaben im Internet! (www.dkp-mw.de)

Sie werden feststellen:

Die DKP/LL ist nicht nur im Stadtparlament aktiv. Wir begleiten unsere Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung schon immer mit außerparlamentarischer Aktivität. Wir machen den „blickpunkt“ - wir sprechen in jedem Monat an Infoständen mit den Menschen unserer Stadt. Da hört man einiges. Wir empfehlen allen Parteien diese Gespräche. Sie hören dann auch einiges von den Problemen, die die Menschen bedrücken. Von den steigenden Kosten insbesondere für Wohnen und Gesundheit. Wir hören von Sozialabbau auf allen Ebenen und der Verschlechterung der medizinischen Versorgung. Man erzählt uns von unzureichenden Renten im Alter. Alles das trifft viele Menschen. Dabei leben wir in einem der reichsten Länder dieser Welt. Menschen berichten: Die Corona-Krise hat viele arbeitslos gemacht oder

auf Kurzarbeit gesetzt. Gleichzeitig wissen wir, die Konzerne sacken Milliarden-Hilfen ein. Die Reichen werden reicher und die Armen werden mehr.

Wir meinen: Solidarität und eigenes Handeln sind erforderlich, um die Welt gerechter und friedlicher zu machen. Und am eigenen Ort muss man damit anfangen.

Wir sind eine linke Opposition, wir wollen „Aufpasser“ sein.

Es gab in Mörfelden-Walldorf in den letzten Jahren einige Bürgerbewegungen - gegen Grundsteuererhöhung, gegen Straßenanliegergebühren, gegen die Bebauung des Seegebietes und von Walldorf-Südost, für gute öffentliche Büchereien in beiden Stadtteilen, für die Öffnung des Schwimmbades, gegen den Bau einer Kläranlage, bei der noch „viel zu klären ist“. Denn die Kosten steigen und steigen und die kommenden Gebühren auch!

Wir unterstützen die Gegenwehr aus der Einwohnerschaft.

Kommunisten, Sozialisten und andere Menschen, deren Herz links schlägt, setzen sich mit der DKP/LL

für eine Stadt ein, in der die Einwohner das Sagen haben und nicht Fraport und andere Großunternehmen. Es ist wichtig, eine Opposition zu wählen, die die Bürgerinnen und Bürger informiert und unterstützt. Was wäre das politische Leben in unserer Stadt ohne die DKP und ihren „blickpunkt“? Lesen Sie diese Ausgabe und Sie spüren, was „außerparlamentarisches Begleiten“ der Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung bedeutet.

Wie „eingetrocknet und langweilig“ wäre das Geschehen im Rathaus ohne die DKP/Linke Liste, die Fakten beim Namen nennt und veröffentlicht.

Dieständig auf den Zusammenhang von „großer“ und „kleiner“ Politik verweist: Wenn „oben“ das Geld falsch ausgegeben wird, fehlt es „unten“ in der Kommune.

Nicht alles, was uns hier bewegt, kann man „vor Ort“ verändern. Aber man muss alles tun, damit sich was ändert. Machen Sie mit. Helfen Sie uns dabei, bei der Kommunalwahlwahl am 14. März 2021.

Ihr aber, wenn es soweit sein wird
Dass der Mensch dem Menschen ein Helfer ist
Gedenkt unserer mit Nachsicht
Bertolt Brecht

Wir trauern um unsere Krankenhäuser, die im vergangenen Jahr für immer geschlossen wurden:

Baden-Württemberg: Krankenhaus Riedlingen, Krankenhaus 14 Nothelfer in Weingarten, St. Hedwig-Klinik in Mannheim. **Bayern:** Kreiskrankenhaus Parsberg, Krankenhaus Waldsassen, Krankenhaus Vohenstrauß, Schön-Klinik in Nürnberg-Fürth. **Brandenburg:** Weckeback-Klinikum in Wedel, Diakonissen-Krankenhaus in Lehnin. **Nordrhein-Westfalen:** St. Franziskus-Hospital in Winterberg, St. Josefs-Hospital in Bochum-Linden, Marienhospital in Essen-Altenessen, Alexianer-Krankenhaus in Tönisvorst, St. Vinzenz-Krankenhaus in Essen-Stoppenberg. **Rheinland-Pfalz:** Loreley-Kliniken in St. Goar und Oberwesel, Krankenhaus in Ingelheim. **Saarland:** Marienhauskliniken in Ottweiler und Losheim. **Sachsen:** Bergarbeiter-Krankenhaus in Schneeberg. **Sachsen-Anhalt:** KMG Klinikum Havelberg. **Schleswig-Holstein:** Regio-Klinik in Wedel.

Belegschaften und Bevölkerung haben den Kampf gegen Größenwahn und Gewinnsucht verloren. Wir werden diese Krankenhäuser in lebendiger Erinnerung behalten.

Kondolenzadresse: Gemeingut in BürgerInnenhand, Weidenweg 37, 10249 Berlin, URL: www.gemeingut.org

Diese Anzeige fanden wir zum Jahresbeginn in der „Frankfurter Rundschau“.

Gesundheit darf keine Ware sein

Wir schrieben oft darüber in dieser Zeitung. (z.B. „blickpunkt“ 584).

Nachzulesen unter: www.dkp-mw.de.

Wir berichteten über die Bertelsmann-Studie, einen „marktradikalen Angriff auf die Krankenhäuser“.

Auch in Groß-Gerau führt man seit Jahren einen großen Kampf, um die Kreisklinik zu erhalten.

Die Bertelsmann-Studie fordert: Von knapp 1400 bestehenden Krankenhäusern, sollten „deutlich unter 600“ übrig bleiben. Das ist ein gezielter Angriff im Interesse der großen „Gesundheits-Konzerne“. Der Vorschlag der Bertelsmann-Stiftung ist ein Anschlag auf die Menschen in den ländlichen Regionen. Er gefährdet die Gesundheit der Menschen, zerstört das demokratische Gemeinwesen und er hätte – voll verwirklicht – Deutschland eine absolute Führungsposition in der Corona-Statistik garantiert!

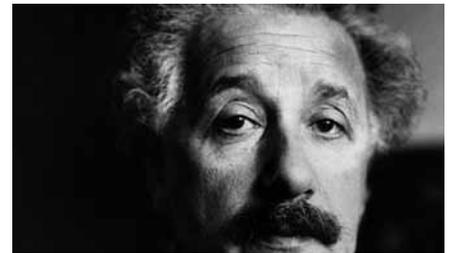
Wir meinen: Gesundheit ist keine Ware. Ständige Privatisierungen im Gesundheitswesen sind ein Irrweg.

Wir brauchen hingegen deutlich mehr Krankenhäuser in öffentlicher Hand. Dass Pflegenotstand herrscht, ist mittlerweile bekannt. Katastrophaler Personalmangel wird jetzt sogar zugegeben.

Der Kern des Übels ist das System der 1993 eingeführten Fallpauschalen. Seit damals wird nicht mehr gefragt: „Welche Behandlung braucht der Patient?“ sondern „Welche Erlöse bringt der Patient?“ Seit damals bekommt das Krankenhaus die Pauschale, die für einen Eingriff zwischen Kassen und Krankenhäusern vereinbart ist. Es lohnt sich damit, Behandlungen durchzuführen, die hohe Pauschalen bringen.

Es lohnt sich, das Personal auszudünnen und damit Kosten zu sparen. Es lohnt sich für Investoren, Krankenhäuser zu betreiben. So wurde eine Privatisierungswelle losgetreten, die von der Politik auf allen Ebenen vorangetrieben wird. Die Pandemie muss jetzt als Gelegenheit genutzt werden, das Gesundheitssystem gesünder zu machen. Man darf mit dieser Kur aber nicht bis zum Ende der Seuche warten, sondern muss mit dem Kampf jetzt anfangen – für massive Personalaufstockung und höhere Bezahlung in der Pflege und in den Gesundheitsämtern. Die Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden. Das System der Fallpauschalen muss beendet werden.

Der Mensch muss im Vordergrund stehen, nicht der Profit.



Warum Sozialismus?

„Die Produktion ist für den Profit da – nicht für den Bedarf. Es gibt keine Vorsorge dafür, dass all jene, die zu arbeiten fähig und bereit sind, immer Arbeit finden können. Es gibt fast immer ein „Heer von Arbeitslosen“. Der Arbeiter lebt dauernd in der Angst, seinen Job zu verlieren. (...) Technologischer Fortschritt führt häufig zu mehr Arbeitslosigkeit statt zu einer Milderung der Last der Arbeit für alle.

Das Gewinnmotiv ist in Verbindung mit der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten für Instabilität (...) verantwortlich. (...) Unbegrenzte Konkurrenz führt zu einer riesigen Verschwendung von Arbeit und zur Lähmung des sozialen Bewusstseins von Individuen (...).

Diese Lähmung des Individuums halte ich für das größte Übel des Kapitalismus. Unser ganzes Bildungssystem leidet darunter. Dem Studenten wird ein übertriebenes Konkurrenzstreben eingetrichtert und er wird dazu ausgebildet, raffgierigen Erfolg als Vorbereitung für seine zukünftige Karriere anzusehen. Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, diese Übel loszuwerden, nämlich die Errichtung eines sozialistischen Wirtschaftssystems, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielen orientiert. In solch einer Wirtschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst und ihr Gebrauch wird geplant.“

Albert Einstein, „Warum Sozialismus“, Monthly Review, 1949

**Wir haben in den
letzten
Monaten viele Spenden
erhalten.**

DANKE!

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN DE37508525530009003419**

**„Wenn der Mensch
von den Umständen
geprägt wird,
so muß man die
Umstände
menschlich bilden.“**

Friedrich Engels 1820-1895

Eine tickende „Rohrbombe“?

Besorgniserregendes hört man aus Kreisen der Stadtwerke. Schon seit längerer Zeit tickt in unserem Wassernetz eine „Rohrbombe“.

Die letzte uns vorliegende Statistik aus dem Jahr 2017 stellt fest: Die Hauptleitungen hatten in den 11 Jahren zuvor etwa 8 Brüche im Jahr, und von Januar bis Oktober 2017 waren es auch schon wieder 6 Brüche. Im Jahr 2020 gab es dagegen schon an die 50 Rohrbrüche. Bei den Abzweigungen der Hausanschlüsse gab es von Januar bis Oktober 2017 32 Rohrbrüche. In den 11 Jahren zuvor waren es 26 Rohrbrüche im Jahr. Auch hier ist von einem Anstieg der Schadensverläufe auszugehen. Die Reparaturkosten steigen gewaltig.

Asbestzement-Leitungen

Oft sind noch Asbestzement-Leitungen verlegt. Diese Leitungen sind besonders empfindlich gegenüber Druckstößen.

Ein Wohnhaus im Kastanienweg wurde am 19.12.2020 durch einen Brand nahezu vollständig zerstört. Der Grund war eine Wasserleitung aus den frühen Sechzigern, die sofort platzte, als die Feuerwehr den daran angeschlossenen Hydranten in Betrieb nehmen wollte und sich dadurch die Saugbelastung erhöhte. Es mussten mehrere Tanklöschfahrzeuge angefordert und eine Wasserversorgung über eine längere Strecke aufgebaut werden, um den Brand löschen zu können.

Etwa 30 km des sanierungsbedürftigen Wassernetzes besteht noch aus diesen Asbestzementrohren, die 50 Jahre und älter sind.

Erste Austauscharbeiten in Teilabschnitten sind im Gange. Im „Flusviertel“ (Nidda-, Donau-, Kinzig-, Nahe und Ederstraße) wurden die Asbestzementleitungen gegen Leitungen aus anderen Materialien ausgetauscht, die Kosten betragen

allein für dieses Viertel mehr als eine halbe Million Euro, bei einer Leitungsgesamtlänge von nur 1,3 km. Hausanschlüsse bestehen vielfach aus Graugussleitungen, die nach 70 Jahren durch Materialermüdung (und teilweise auch durch unsachgemäße Verlegung) brüchig geworden sind. Grauguss bricht gerne bei Ausdehnungsspannungen. Die jahreszeitlichen Temperaturschwankungen lösen oft Brüche an Vermuffungen oder Flanschverbindungen zu Schiebern aus. Hier kommt es häufig zu Problemen, wie man an vielen kleinen Baustellen am Straßenrand erkennen kann. Die geltende Satzung erlaubt in vielen Fällen die Abwälzung der Kosten an die betroffenen Eigentümer.

Wie gedenkt man im Rathaus mit der Lage umzugehen?

Es scheint so zu sein, dass die Interessen des Wasserwerks lange Zeit nicht solche erfolgreichen Fürsprecher hatten, wie die des Klärwerks. Dessen Wünsche nach modernster Technik wurden in der Stadtspitze eher erhört, als die des Wasserwerkes, wo deutlich sparsamer gewirtschaftet wurde. Der offenbar aufgelaufene „Investitionsstau“ wird schwer zu bewältigen sein, wenn man bedenkt, dass um die 50

Millionen Euro an städtischen Mitteln schon für diese Kläranlage verplant sind. Für die Wasserversorgung bleibt da nicht viel übrig.

Will man auch Personalkosten sparen?

Im Flurfunk des Rathauses und der Stadtwerke hört man deshalb so manches, über das „laut nachgedacht“ wird:

Man müsse Personalkosten einsparen (*das ist immer das Erste, worauf sie kommen...*) Man könne dazu vielleicht, wie das z.B. Neu-Isenburg gemeinsam mit Dreieich getan hat, die Stadtwerke als AöR („Anstalt des öffentlichen Rechts“) umfirmieren. Dadurch würde der Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst für die Mitarbeiter nicht mehr gelten. Man könnte eine „freie Tarifgestaltung“ vornehmen. Schon jetzt soll es neue Mitarbeiter geben, die nicht mehr zur ZVK („Zusatzversorgungskasse“) angemeldet werden und dadurch keine betriebliche Altersversorgung mehr haben. Oder man müsse die Wassergebühren erhöhen - oder einen Mix aus beidem. Und am Horizont der halblauten Gedankengänge steht die Privatisierung.

Offiziell ist man mucksmäuschenstill. Es wäre ja mehr als unangenehm für die Rathauskoalition, wenn das brisante Thema schon vor der Kommunalwahl öffentlich aufs Tapet käme.

Mehr unter: www.dkp-mw.de



ANTRAG DER DKP/LL-FRAKTION

Modell „Vermiet doch an die Stadt!“ prüfen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen und zu berichten, inwieweit das Programm „Vermiet doch an die Stadt!“ der Stadt Viernheim geeignet ist, es für Mörfelden-Walldorf zu übernehmen.

Begründung:

Auch in Mörfelden-Walldorf stehen viele Wohnungen in privaten Ein- oder Mehrfamilienhäusern leer. Der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen ist ebenfalls vergleichbar. Oft scheuen die Eigentümer den Aufwand und das Risiko einer Vermietung. Hier kann die Stadt helfend eingreifen, wie das Beispiel Viernheim zeigt.

ANTRAG DER DKP/LL-FRAKTION

Behindertenparkplätze am Bürgerhaus Mörfelden ausweisen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Auf dem Parkplatz des Bürgerhauses -Einfahrt Blumenstraße- werden mindestens zwei Behindertenparkplätze ausgewiesen.

Diese Plätze werden mit einem Hinweisschild und der entsprechenden Bodenmarkierung versehen.

Begründung:

Seit etlichen Monaten ist der Behindertenparkplatz hinter dem Bürgerhaus ersatzlos weggefallen. Das entsprechende Hinweisschild wurde entfernt, die Bodenmarkierung ist kaum noch erkennbar.

Somit verfügt das Bürgerhaus lediglich über eine ausgewiesene Parkmöglich-

keit für behinderte Menschen an dem Parkstreifen Westendstraße.

Gerade an einem solch exponierten Gebäude wie dem Bürgerhaus sind Parkmöglichkeiten für Menschen mit Handicap dringend notwendig und laut Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) zwingend vorgeschrieben, um die Teilhabe aller Menschen an kulturellen oder gesellschaftlichen Ereignissen zu ermöglichen.

Wünschenswert wäre die Einrichtung des Parkplatzes in unmittelbarer Nähe der internen Zu- und Abfahrt, da es hier keinerlei Barrieren in Form von Treppen zu überwinden gibt.

ANTRAG DER DKP/LL-FRAKTION

Straßenbeleuchtung zwischen Ringstraße und Bahnhof Mörfelden verbessern

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Um einen sicheren Fußweg für Bahnreisende und Passanten zum/vom Mörfelder Bahnhof zu gewährleisten, werden im Bereich der Bahnhofstraße zwischen Bahnhof und Ringstraße zusätzlich ausreichende Beleuchtungskörper installiert.

Begründung:

Nicht nur die unzureichende Barrierefreiheit am Mörfelder Bahnhof sorgt immer wieder für Unmut, auch die schlechte Beleuchtung steht in der Kritik und sorgt für reichlich Ärger.

Wer in Richtung Altstadt möchte, erfährt hautnah, was mit dem Begriff „Angstraum“ gemeint ist. Die Unterführung ist in einem „traurigen“ Zustand und die obere Bahnhofstraße ist stockfinster. Die einzige Straßenlaterne zwischen Bahnhof und Ringstraße ist seit Jahren von Bäumen zugewachsen,

d.h. nahezu ohne Leuchtfunktion. Hinzu kommt die völlig uneinsehbare „Sitznische“, die gerne von Männern genutzt wird. Insbesondere für Frauen ist dieser Weg vom Bahnhof in die Altstadt (und umgekehrt) bei Dunkelheit aufgrund des Fehlens einer ausreichenden Beleuchtung äußerst beklemmend. Dabei wäre eine Lösung durch das Anbringen zusätzlicher Lichtquellen denkbar einfach.

ANFRAGE DER DKP/LL-FRAKTION

Facharztpraxen im Ärztezentrum

Das in die Jahre gekommene Ärztehaus in der Mörfelder Schubertstraße soll durch ein neues

Aus unserem Kommu



KOMMUNALES

Gebäude ersetzt werden. Mit der treuhänderischen Übernahme des Ärztehauses durch die Hessische Landesgesellschaft (HLG) und damit letztlich in kommunale Regie, ist die Voraussetzung geschaffen worden, um ein solches Projekt auf den Weg zu bringen. In einer Anfrage haben wir im September 2020 nachgefragt, ob alle derzeit im Ärztehaus praktizierenden Ärzte auch in das neue Zentrum mit umziehen. Diese Frage wurde damals mit „Ja“ beantwortet.

Mittlerweile gibt es Befürchtungen/Hinweise, dass mindestens ein Facharzt nach der Schließung des alten Ärztehauses unsere Stadt verlässt. Sobald ein Arzt in unserer Stadt seine

Praxis schließt, sind erneute Engpässe zu erwarten/befürchten. Wie in den vergangenen Jahren wiederholt geschehen, wären dann wieder viele Menschen lange auf der Suche nach einem Ersatz. Solche Situationen sollten nach Möglichkeit verhindert und die ärztliche- bzw. fachärztliche Versorgung langfristig gesichert werden.

Wir fragen den Magistrat:

Triffst es zu, dass Fachärzte, die zur Zeit im Mörfelder Ärztehaus praktizieren, nicht mit in das neue Ärztezentrum umziehen möchten und beabsichtigen, in anderen Städten ihre Praxis zu eröffnen?

Wenn ja, würde das bedeuten, dass der Arzt-Sitz für die Facharztpraxis für unsere Doppelstadt verloren ginge?

Gab es Gespräche zwischen der Stadt und den betreffenden Ärzten, um über einen Verbleib in Mörfelden zu reden?

Gibt es Kenntnis darüber, warum der/die Arzt/Ärzte seine/ihre Praxis im Mörfelder Ärztehaus aufgeben will/wollen? Wenn ja, was sind die Gründe?

Welche konkrete Überlegungen und Aktivitäten gibt es, um für einen Ersatz zu sorgen, wenn ein Facharzt tatsächlich Mörfelden verlassen sollte und gab/gibt es dazu Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung?

ANFRAGE DER DKP/LL-FRAKTION

Sanierung der Wasserversorgungsleitungen

In den letzten Jahren gab es immer wieder Rohrbrüche der Wasserversorgungsleitungen auf Grund von Materialermüdungen durch Alterung, mangelhafte Rohrbettung, Erschütterung durch Fahrzeuge und Schwerverkehr sowie Wurzelwuchs in den Rohrgräben. Es wurde ermittelt, dass im Stadtteil Mörfelden ca. 30 km Graugussleitungen und im Stadtteil Walldorf ca. 30 km Asbestzement-

leitung erneuerungsbedürftig sind (Gesamtkosten ca. 60.000.000 Euro). Für die systematische Erneuerung der Wasserversorgungsleitungen wurden ab 2018 jährlich 500.000 bis 2.000.000 Euro im Wirtschaftsplan der Stadtwerke vorgesehen.

Wir fragen den Magistrat:

Welche Erneuerungen sind bisher durchgeführt worden?

Welche Summen wurden in den Jahren 2018-2020 dafür verwendet?

Warum werden bei Rohrbrüchen dieser alten Leitungen oft nur Reparaturen der Bruchstellen durchgeführt/ weshalb wird nicht gleich die Leitung (von Schieber zu Schieber oder weitreichender) erneuert?

Gibt es eine Planung und Konzepte für die gesamten Erneuerungsmaßnahmen?

Wenn ja, wie sehen diese aus?

Welche Projekte sind dazu in den nächsten 5 Jahren vorgesehen?

Wurde schon einmal eine Berstsimulation durchgeführt?

Wenn ja, wo sind die kritischsten Stellen im Wassernetz?

ANFRAGE DER DKP/LL-FRAKTION

Umsetzung des gültigen Tarifvertrages des Öffentlichen Dienstes aus 2017 bei den Stadtwerken

Wir fragen den Magistrat:

Ist es richtig, dass es bei den Stadtwerken Probleme mit der Umsetzung des gültigen Tarifvertrages gibt?

Wenn ja, um welche Probleme handelt es sich?

Wann ist mit der Umsetzung des gültigen Tarifvertrages (TVöD) aus dem Jahr 2017 bei den Stadtwerken in seiner Gesamtheit zu rechnen?

Wahlwahl-Programm:





Kapitalismus überwinden

„Patente töten!“, heißt es in einer Erklärung von „medico international“. Gefordert wird die Aufhebung des Patentschutzes auf alle unentbehrlichen Medikamente.

Die Welt ist zu einer Patientin geworden. Die Krankheit heißt Covid-19 und hat uns allen die unentrinnbare Verflochtenheit des Planeten vor Augen geführt. Heilung geht nur global oder gar nicht – so lautet eine der wichtigsten Lektionen der Pandemie, der sich niemand mehr entziehen kann. Im Interesse der Menschheit sollte die Welt gemeinsam, solidarisch und

im Rahmen globaler politischer Institutionen nach einem Impfstoff und nach Medikamenten suchen, die dann entlang von Bedarfen produziert und verteilt werden.

Doch so ist es leider nicht. Denn die Geschichte jeder Epidemie ist auch eine Geschichte des Zusammenspiels von Wissen, Macht und Politik.

Das Profitinteresse der großen Pharmakonzerne bremst den Kampf gegen die Pandemie.

Es gibt keine Freigabe von Produktionslizenzen oder die Aussetzung des Patentschutzes damit unzählige Produktionsstätten für den Impfstoff weltweit eröffnet werden könnten.

Der Impfstoff lässt sich teurer verkaufen, wenn das Produktions-Know-how monopolisiert ist. Als die Regierungen von Indien und Südafrika vor kurzem bei der Welthandelsorganisation (WTO) beantragten, den Patentschutz für sämtliche gegen das Virus tauglichen Medikamente aufzuheben, stieß das auf strikte Ablehnung der USA, Englands und der EU.

Es soll nach deren Willen dabei bleiben, dass die Industrieländer allein über die Produktionskapazitäten bestimmen. Die deutsche Ärztezeitung im Dezember 2020: „Wir brauchen kein ‚Europa first‘, sondern den Blick fürs große Ganze.“ Um Covid-19 tatsächlich erfolgreich entgegenzutreten zu können, müssen die Regierungen der Welt die Bedingungen dafür schaffen. Der Kapitalismus muss überwunden werden, wenn wir die Pandemien, die noch kommen werden, überwinden wollen.



Fiona Beyermann
Mörfelder Straße 5, Walldorf
fiona.beyermann@dkp-ll.de
auf der Wahlliste der DKP/LL
zur Kommunalwahl 2021

Liebe Nachbarin, lieber Nachbar

Ich wende mich mit diesem Brief an Sie, weil am 14. März 2021 in Mörfelden-Walldorf die Kommunalwahlen anstehen und die neue Stadtverordnetenversammlung gewählt wird. Gerne möchte ich mich Ihnen persönlich vorstellen: Mein Name ist Fiona Beyermann.

Ich bin 24 Jahre alt und habe meine Kindheit in Rüsselsheim verbracht, wo ich auch zur Schule ging.

Ich arbeite als staatlich anerkannte Logopädin* und habe Ende 2020 angefangen, auch noch Medizin zu studieren.

Auf der Kandidatenliste der DKP/LL stehe ich auf Platz 2. Wie man an meiner Berufswahl bereits erkennen kann, liegt mir das Thema Gesundheit sehr am Herzen. Gerade während der Corona-Pandemie kann man deutlich sehen, wie schlecht unser Gesundheitssystem auf eine solche Situation vorbereitet ist: Ärzt*innen und Therapeut*innen haben Probleme, die selbe Anzahl von Patienten zu behandeln wie vorher.

Sie müssen die gestiegenen Kosten für Material in Form von Mundschutz, Plexiglaswänden und Handschuhen ohne Unterstützung von Seiten des

Staaes oder der Krankenkassen stemmen.

Hier am Ort finde ich den Ärztemangel gravierend, besonders im Stadtteil Mörfelden.

Eine flächendeckende medizinische Versorgung ist aufgrund der langen Wartezeiten oder des Aufnahmestopps in vielen Praxen gar nicht gewährleistet.

Hier muss von Seiten der Stadt noch mehr getan werden, um mehr Ärzten eine Ansiedlung zu ermöglichen.

*Sprachheilkundlerin.

Logopädie ist die medizinische Fachrichtung, die Sprach-, Sprech-, Stimm-, Schluck- oder Hörbeeinträchtigungen behandelt.



KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

Diskussionsbeitrag Terminal 3 umnutzen?

Terminal 3 wird weiter gebaut. Bei einem Baustopp, argumentiert Fraport, würde sehr viel Geld in den Sand gesetzt. Was wäre eine Alternative? Aus den Bürgerinitiativen kommt eine bemerkenswerte Idee: Eine Umnutzung des Terminals könnte durchdacht werden. Auch in Hinblick auf die Arbeitsplätze.

Der Flugverkehr gehört zu den am höchsten subventionierten Bereichen. Die Luftverkehrswirtschaft von den Fluggesellschaften bis hin zu den Flughafenbetreibern werden direkt oder indirekt subventioniert. So gibt es zum Beispiel keine Kerosinsteuer. Die tatsächlichen Kosten müssen ersichtlich sein und von den Verursachern getragen werden.

Man könnte zum Beispiel die neue Multifunktionshalle dort ansiedeln. Mit Arbeitsplätzen, die nicht unbedingt mit der Fliegerei zu tun haben. Wir vom Bündnis der Bürgerinitiativen planen ein Gespräch mit einer Gewerkschaft aus England, die viele Mitarbeiter des Flughafens Gatwick umgeschult hat auf „grüne“ Berufe. Da ist ja auch Wissen bei den Fraport-Mitarbeitern vorhanden. Man muss an neuen Konzepten arbeiten. Aber dafür muss man erstmal aufgeschlossen sein.

Ansteckung trotz Test und Maske

Der Glaube an „Coronasichere Flugzeuge“ ist geplatzt.

Eine Studie aus Neuseeland zeigt, dass es trotz Testungen vor dem Abflug zu Ansteckungen auf einem Langstreckenflug gekommen ist. Das bedeutet, dass auf Quarantäne nach dem Flug nicht verzichtet werden kann - für die Luftfahrt ein Problem.

Eine jetzt in Neuseeland veröffentlichte Studie über Corona-Ansteckungen an Bord eines Langstreckenfluges der Airline Emirates warnt davor, sich durch negative Schnelltests täuschen zu lassen. Grundsätzlich betonen die Flugzeughersteller und Airlines immer wieder, wie minimal das Corona-Ansteckungsrisiko an Bord sei. Ständig werde Luft ausgetauscht und Viren durch Spezialfilter herausgefischt. Als weitere Absicherung sieht die Branche Schnelltests, möglichst anstelle von Quarantäne oder Reisebeschränkungen. Doch trotz Filter, Tests und Masken gibt es dennoch ein Corona-Risiko. So wurde bei einem 18-Stunden-Langstreckenflug am 29. September 2020 von Dubai nach Neuseeland bei sieben von 86 Passagieren eine Corona-Infektion ermittelt, obwohl sie sogar mit einer Reihe Zwischenraum im Flugzeug saßen.

„Wir können nicht auf den Impfstoff warten.“

Der Airlineverband IATA hat noch einmal mächtig Druck gemacht, um den Neustart der Luftverkehrsbranche in den kommenden Monaten mit Hilfe massenhafter Corona-Schnelltests zu beschleunigen. Die Pandemie hat die Fluggesellschaften im fast abgelaufenen Jahr zwar mächtig mitgenommen, untergegangen sind bislang aber erst wenige. Die globalen Geschäftszahlen sind dennoch ernüchternd. Das ist die eine Seite. Aber es beginnt auch ein Neudenken: Ruhe rings um die Großflughäfen und zurückgehende Feinstaubbelastung sind auch wichtige Werte. Ihre Relevanz für eine globalisierte Wirtschaft hat die Airline-Industrie in der Krise bei der Luftfracht bewiesen, die zur Verteilung der Corona-Impfstoffe einen weiteren Schub erwartet. Auch wenn fast die Hälfte der Lademöglichkeiten wegen der fehlenden Passagierflüge weggefallen ist, stiegen die Cargo-Umsätze deutlich auf knapp 118 Milliarden Euro und retteten manche Airline. Es muss also umgedacht werden. Billigflieger, Shopping in New York, „Saufen am Ballermann“ muss hinterfragt werden.

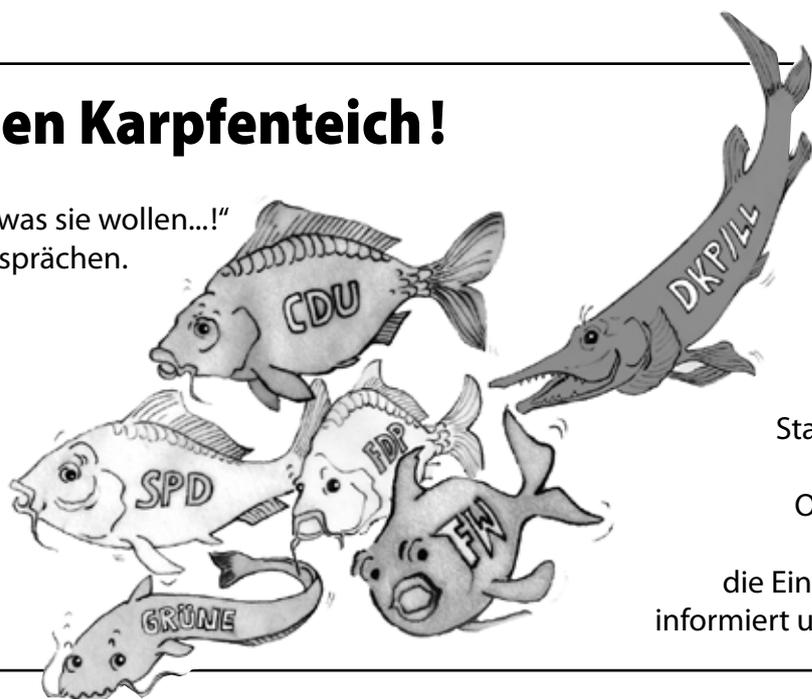
Auch die Zahl der Flugbewegungen bei Fraport darf nach Corona nicht wieder steil nach oben gehen.

Hechte in den Karpfenteich!

„Die machen ja doch, was sie wollen...!“
... hören wir oft bei Gesprächen.

Viele denken so,
manchen ist es total
gleichgültig, was in
der Stadt so läuft,
in der sie wohnen.

Wieder andere
sind schon aktiv und
wollen mitgestalten.



Aufpasser
bleiben wichtig!

Es ist gut,
wenn es
bei den
Stadtverordneten
eine linke
Opposition gibt,
die aufpasst -
die Einwohner *innen
informiert und unterstützt.

Stadtgeschichten

Ein Blick in die Mörfelder Bahnhofstraße im Februar 1955. Ein schönes Stimmungsbild, das viele Erinnerungen bei den älteren Betrachtern weckt. Es war quasi die Mörfelder Einkaufsmeile, wo ein Großteil des Bedarfs gedeckt werden konnte. Vorne am Rathaus beginnend, war links „Der Rosenberz“. Dort hatte die Familie Berz ihr Geschäft, in dem es außer Blumen auch Gemüse, Obst und Salate gab. Alles in eigenen Treibhäusern und auf Grundstücken in der Nähe der Wernertanne aufgezogen. Nebenan befand sich die Metzgerei Dickhaut mit eigenem Schlachthaus. Gegenüber hatte Heinrich Schmitt aus der Jungmannstraße („Schmiddeheuner“) seinen Kiosk für Obst und Gemüse. Auf der linken Seite war neben dem Metzger der sogenannte „Spenglerhannes“. Dort war außer der Spengler- und Elektrowerkstatt von Heinrich Dammel



überm Hof das Geschäft seines Bruders Karl Dammel, in dem es gerade alles für die Heimwerkelei aber auch Haushaltswaren und Geschirr gab. Daneben befand sich das Schuhgeschäft Herdt und gegenüber (auf dem Foto ganz rechts) das Kaufhaus Avemary. Hier gab es Kinderspielzeug, Kleidung und Kurzwaren. Gleich nebenan befand sich ein Spezereiladen oder auch „Kolonialwarengeschäft“, das außer Lebensmitteln auch Kurzwaren anbot. Anschließend daran befand sich die Gaststätte Herzberger mit großem Saal im ersten Stock. Weiter oben in Richtung Bahnhof war links ein kleines Tabaklädchen und daneben das Tabakgeschäft Gaussmann. Dann kam die Druckerei Arndt mit Buchhandlung und Schreibwaren. Danach folgte die Gaststätte Kemmler (die „Kemmlerkätt“) mit Kohlehandlung. Auf der rechten Seite war der Friseur Herzberger, das Baustoffgeschäft Schaffner und daneben die vielbesuchte Gaststätte „Zum Rosengarten“, genannt „Gritsche-Schorsch“.



Liebe Leserinnen und Leser unserer Stadtzeitung! Wir freuen uns, wenn Sie dem „blickpunkt“ durch Mitarbeit und Informationen helfen. Wir freuen uns über alte Fotos. Wir brauchen auch weiter Ihre finanzielle Unterstützung. Das „blickpunkt“-Spenden-Konto: Kreissparkasse GG - IBAN DE37508525530009003419

INFOS



www.DKP-LL.de



facebook.com/DKPLinkeListe



instagram.com/dkpmoewa

Unser Lexikon

Schbrisch

Deene
duhn isch
woas huusde